



Die Architektursoziologin Christine Hannemann ist überzeugt: Eine funktionierende Demokratie braucht bezahlbaren Wohnraum. Ein Gespräch über Möbelprospekte, Häuslebauer und den gesellschaftlichen Wandel.

Das Tiny House als Lösung für die Wohnungskrise?

Frau Hannemann, die Lage auf dem Wohnungsmarkt sei, so sagen Sie, mittlerweile demokratiegefährdend. Eine starke These.

Das ist keine These, sondern eine Zustandsbeschreibung. Es gibt mittlerweile Regionen, da prügelt man sich buchstäblich um den letzten Quadratmeter. Schauen Sie beispielsweise nach München, wo gerade wieder öffentlicher Wohnraum verkauft wird. Es gibt immer noch kein fundiertes Wohnprogramm, obwohl doch inzwischen alle wissen müssten, wie ernst die Lage ist. Deshalb habe ich mich für diese Formulierung entschieden.

Angemessenes Wohnen ist demnach eine Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft?

Demokratie setzt voraus, dass ich mich am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann, jede funktionierende Kommune braucht aktive Stadtürger. Wenn ich aber die Hälfte

des zur Verfügung stehenden Einkommens für die Wohnkosten aufbringen muss, dann kündige ich die Mitgliedschaft in lokalen Vereinen, dann gehe ich nicht mehr ins Restaurant,

„Die Leute wählen jemanden, der ihnen bezahlbaren Wohnraum verspricht.“

dann bestelle ich die Tageszeitung ab, dann ziehe ich mich aus dem öffentlichen Leben zurück.

Wohin könnte das schlimmstenfalls führen?

Zum sukzessiven Verschwinden der Zivilgesellschaft. Die Leute gehen nicht mehr wählen oder sie wählen, wie gerade bei den OB-Wahlen in Freiburg geschehen, jemanden,

der ihnen bezahlbaren Wohnraum verspricht. Das Wohnen wird künftig Wahlen entscheiden. Alle reden über Flüchtlinge, die größten gesellschaftlichen Ängste aber betreffen gegenwärtig unsere Wohnverhältnisse.

Immerhin werden Themen rund ums Wohnen auch in den Zeitungen mehr und mehr thematisiert. Plötzlich liest man Reportagen über eine Senioren-WG oder die Tiny-House-Bewegung.

Wohnen kommt in der Tageszeitung an diesen drei Orten vor: Das sind die Reportagen und Hintergrundstücke im Lokalteil oder auf den Kulturseiten, auf denen oft gelungene Gesellschaftsanalyse und Architekturkritik stattfinden. Dann sind da die Artikel im Immobilienteil, in denen es, gerne nah an der Industrie, um Fragen des Dämmens oder der Inneneinrichtung geht. Und dann sind da noch die Charmeoffensiven in den Wohnungsanzeigen, wo man nicht nur zwischen

den Zeilen lesen kann, wie händeringend und zunehmend hoffnungslos die Menschen eine Wohnung suchen.

Das ist sozusagen der Reality Check.

Nicht zu vergessen die eingelegten Prospekte der Möbelhäuser mit den Schrankwänden und den ausladenden Sofalandschaften, bei denen ich mich jedes Mal frage: Wer hat denn bitte so viel Platz? Aber man darf wohl davon ausgehen, dass die Möbelketten ihre Kunden sehr gut kennen.

In Deutschland wohnen also doch viele Menschen auf großem Fuß?

Zumindest nutzen immer weniger Menschen immer mehr Fläche. Auch das ist eine Wahrheit der gegenwärtigen Wohnverhältnisse.

Weil wir eben ein Volk der Häuslebauer sind oder zumindest waren?

Ach, auch das ist ja so ein Mythos. Man kann das recherchieren und landet bei dem Schlagwort „Schaffe, schaffe, Häusle baue“, seitdem gelten gerade die Schwaben als überzeugte Bauherren. Tatsächlich ist Deutschland aber mit einer Mietquote von mehr als 50 Prozent gerade im europäischen Vergleich eher ein Land der Mieter, Wohneigentum war immer ein vor allem bürgerliches Thema.

Ihre Stuttgarter Studierenden, so schil dern Sie es, seien an Wohneigentum nicht einmal mehr interessiert.

Zumindest jetzt, mit Anfang 20, empfinden sie den Gedanken daran sogar als belastend. Die Generation Y will sich nicht mehr an Besitz und Kreditraten binden.

Andererseits liest man allenthalben von Baugruppen, Mehrgenerationenhäusern, von Menschen, die ihr Wohnen selbst in die Hand nehmen. Ist das eine relevante Größe oder sind das doch eher utopische Gegenentwürfe?

Zunächst einmal sind solche Ideen nicht utopisch, sondern genauso historisch. Schon die Idee des genossenschaftlichen Wohnens

wurde ja, und zwar im vorvorigen Jahrhundert, in Deutschland geboren. Genossenschaften, Baugruppen, überhaupt gemeinschaftlich organisiertes Wohnen setzt Impulse, wie wir mit weniger Wohnraum kreativer umgehen können. Etwa indem Gemeinschafts- und Begegnungsräume geschaffen werden. Aber ich sehe von öffentlicher Seite viel zu wenig Unterstützung.

Vergeben wir hier eine Chance, die Stadt neu zu denken?

Ich bewerte Wohnprojekte immer aus dieser Perspektive: Kann ich da wohnen, wenn ich 80 bin? Die Generation, die jetzt alt wird, scheint ja aus ihrer Biografie heraus durchaus bereit für solche Wohnexperimente. Das sind die 68er, die schon viel ausprobiert haben. Wohnpflegegemeinschaften und Wohnkonzepte mit variablen Grundrissen, die sich je nach Lebensphasen ändern, das sind Modelle, die ganz unbedingt mehr Aufmerksamkeit und mehr Unterstützung brauchen. Ganz besonders wichtig finde ich, wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht, auch das genossenschaftliche Wohnen. Hier sollten die Redaktionen genau gucken, was mit und in den städtischen Wohnungsgenossenschaften passiert.

Sie sehen den Staat in der Pflicht?

Erfolgreiche Wohnprogramme basieren immer auch auf dem Eingriff durch den Staat, denken Sie etwa an das moderne Wohnen in der Weimarer Republik oder die Wohnbauprogramme der Nachkriegszeit. Für mich gehört das Wohnen definitiv zur Daseinsfürsorge, es ist aber nicht im Grundgesetz verankert. Damit fängt es schon mal an. Wohnen ist das Thema, bei dem sich gegenwärtig alle Fragen von gesellschaftlicher Relevanz wie unter einem Brennglas bündeln.

INTERVIEW: CLEMENS NIEDENTHAL

LINK

Hier geht es zur Uni-Seite von Christine Hannemann:
www.bit.ly/hannemann-uni-stuttgart

THESENLISTE

- ✓ Wohnungsnot bedroht die Zivilgesellschaft
- ✓ Die größten gesellschaftlichen Ängste betreffen Wohnverhältnisse
- ✓ Immer weniger Menschen nutzen immer mehr Fläche

Christine Hannemann



ist Professorin für Architektursoziologie an der Universität Stuttgart. Sie gilt als renommierteste Analytikerin des Wohnens und seiner gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im deutschen Raum.

E-Mail christine.hannemann@iwe.uni-stuttgart.de
Telefon 0711 – 68 58 42 03